
FDP Taunusstein Kommunalpolitik

„DER WOLF IN HESSEN, WAS NUN?“

01.10.2023

„Der Wolf in Hessen, was nun?“, unter diesem Motto hatten die FDP Taunusstein und die FDP des Rheingau-Taunus-Kreises am vergangenen Freitag gemeinsam zu einem Informationsabend in die Aartalhalle nach Taunusstein-Neuhof eingeladen. Moderiert wurde der Abend von Marius Schäfer, dem Landtagskandidaten der FDP für den Rheingau.

„Der Wolf ist auch in Taunusstein angekommen und das Thema auch hier ganz aktuell und brisant“, sagte Christine Gödel, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP in der Taunussteiner Stadtverordnetenversammlung in ihrer kurzen Begrüßung.

Als Referentin des Abends gab Wiebke Knell, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag und jagdpolitische Sprecherin, einen Überblick über den aktuellen Stand der Wolfspolitik. Sie habe schon auf das Problem einer ungebremsten Ausbreitung des Wolfes in Hessen aufmerksam gemacht, als man sie dafür noch ausgelacht habe. Aber seit das Pony „Dolly“ der CDU-Politikerin Ursula von der Leyen von einem Wolf gerissen wurde, habe das Thema plötzlich mehr Aufmerksamkeit bekommen. Der Wolf sei in Deutschland noch immer als streng geschützte Tierart eingestuft und ein effektives Wolfsmanagement damit praktisch nicht möglich. Seit seiner Ausbreitung steige die Anzahl der Nutztierrisse exponentiell.

„Es ist doch absurd, dass die Bevölkerung mehr Tierwohl einfordert und Massentierhaltung ablehnt, dabei aber Freilandhaltung aufgrund des Wolfes in Zukunft unmöglich gemacht wird.“, so der Kommentar des Orlener Weidetierhalters Peter Paier.

Wiebke Knell berichtete, dass es inzwischen auch zahlreiche Sichtungen der Tiere in Wohngebieten gebe und man die berechtigten Ängste der Menschen ernst nehmen müsse. Sie kenne viele, die sich nicht mehr trauten mit ihren Hunden in den Wald zu gehen.

Die Population der Tiere werde von der Landesregierung konsequent unterschätzt und das sei politisch auch gewollt. Es müsse endlich ein Umdenken auf allen politischen Ebenen stattfinden.

Die FDP fordere daher ein professionelles Wolfsmonitoring. Der Wolfsbestand müsse endlich realitätsgetreu abgebildet werden. Die Spielräume der europäischen Gesetzgebung müssten vollständig genutzt werden, um den Wolfsbestand in Deutschland auf ein ökologisch, ökonomisch und sozial verträgliches Maß zu reduzieren. Am Beispiel Schweden erläuterte Knell, dass das möglich sei. Außerdem fordert die FDP eine entsprechende Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes. Vor allem aber müssten Tierhalter beim Schutz ihrer Weidetiere bürokratiearm und schnell unterstützt werden und der Zugang zu Entschädigungszahlungen erleichtert werden, auch wenn finanzielle Entschädigungen den emotionalen Schaden nicht wieder gut machen könnten. Schließlich handele es sich meistens um Tiere, denen jemand einen Namen gegeben habe.